

Abrahamson, George

Article — Digitized Version

Importrestriktionen im Sterlingblock: Langfristiger Kapitalbedarf als Ursache

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, George (1952) : Importrestriktionen im Sterlingblock: Langfristiger Kapitalbedarf als Ursache, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 5, pp. 299-301

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131525>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Importrestriktionen im Sterlingblock: langfristiger Kapitalbedarf als Ursache

Dr. George Abrahamson, London

Es ist in der eigenartigen, durch Form- und Zwanglosigkeit gekennzeichneten Organisationsart des Sterlingblocks begründet, daß die Außenwirtschaftsprobleme der Dominien und Kolonien auf dem Weltmarkt wenig unmittelbare Beachtung finden. Der Sterlingblock gilt im währungspolitischen Ausland als ein ungeteiltes Ganzes, dessen überseeische Mitglieder im einzelnen zu unbedeutend sind, als daß sie den durch die mehr oder minder raschen Fortschritte der englischen Wirtschaft bestimmten Trend maßgeblich beeinflussen könnten. Diese Ansicht ist begründet, soweit es sich um spezifische Probleme eines einzelnen Sterlinglandes handelt. Wenn aber verschiedene von ihnen in schneller Folge von den gleichen Faktoren erfaßt werden, wie dies im letzten Jahr geschah, so kann sich der kumulative Effekt sehr stark auf die Lage des ganzen Sterlingblocks auswirken.

DAS DEFIZIT IM STERLINGBLOCK

Das Defizit des Sterlingblocks, das so drastische Schritte seitens der englischen Regierung auslöste, geht tatsächlich zu einem großen Teil auf Rechnung der Dominien und erforderte deshalb auch von deren Regierungen radikale Maßnahmen. Australien, Neuseeland und Südafrika haben dem englischen Beispiel folgend sehr scharfe Einfuhrabstriche vorgenommen. In Australien wurden die Einfuhrlizenzen für das laufende Jahr je nach Warengattung auf 20—80 % der Vorjahrseinfuhr festgesetzt, wobei bereits erfolgte Einfuhren voll auf die Jahresquote angerechnet werden sollen. Die Importbeschränkungen in Neuseeland kommen einer weiteren Einfuhrkürzung (nach vorangegangenen Abstrichen) um 20 % gleich. In Südafrika werden die Importe gegenüber 1951 um ein Drittel gesenkt. Es handelt sich also um recht einschneidende Einfuhrkürzungen, wenn auch die Einschränkung der südafrikanischen Einfuhr tatsächlich nicht ganz so scharf ist wie ursprünglich erwartet.

Diese Importbeschränkungen haben bei den betroffenen englischen Exporteuren, insbesondere in der Textilindustrie, die größte Bestürzung hervorgerufen, zumal die englische Wirtschaft davon weit stärker betroffen wird als irgendein anderes Land. Ihre Notwendigkeit wird aber in informierten Kreisen weder in England noch in den britischen Überseeländern bestritten. Sie liegen auf der wirtschaftspolitischen Linie, über die von den Commonwealth-Finanzministern bei ihrer Zusammenkunft im Januar allgemeine Übereinstimmung erzielt wurde. Wenn sie den englischen Außenhandel — vorübergehend, wie man hofft — be-

sonders hart treffen, so wird dies in London, in der City ebenso wie in Whitehall, im Interesse der Konservierung der Goldreserven des Sterlingblocks und eines baldigen Zahlungsbilanzausgleichs als unvermeidlich anerkannt. Zwar wurden die Einfuhrabstriche auf der Commonwealth-Finanzministerkonferenz nicht im einzelnen durchgesprochen oder gar festgelegt, aber die beteiligten Regierungen erkannten auf dieser Konferenz grundsätzlich an, daß jede von ihnen nach Maßgabe der besonderen Umstände ihren Beitrag zur Entlastung der Sterlingblock-Zahlungsbilanz leisten muß. Dabei handelt es sich in erster Linie darum, das Defizit mit dem Dollarbereich zu reduzieren. Daneben finden in letzter Zeit die Handels- und Zahlungsbeziehungen mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion sowohl in London wie in den Dominien wachsende Beachtung. Darüber hinaus sind die internen Zahlungsprobleme des Sterlingblocks grundsätzlich nicht weniger wichtig und nicht weniger schwierig als die auswärtigen Fragen, die seit Kriegsende im Vordergrund des Interesses stehen.

Annähernd die Hälfte des Außenhandels der Commonwealth-Länder, der vor Ausbruch des Korea-Konflikts etwa sechs Milliarden £ jährlich betrug, spielt sich innerhalb des Commonwealth ab, hauptsächlich in der Form eines zweiseitigen Güteraustausches zwischen Großbritannien und den Überseeländern. Ein Währungsproblem entsteht dabei normalerweise nicht, da alle internen Transaktionen in Sterling abgewickelt und etwaige Spitzen in London gutgeschrieben werden; die Abtragung der Salden macht im allgemeinen keine Schwierigkeiten. In den letzten Jahren haben jedoch die Kolonialgebiete recht bedeutende Sterlingguthaben angesammelt; diese stiegen seit 1947 im Jahresdurchschnitt um über 100 Mill. £ und beliefen sich Ende 1951 auf 964 Mill. £, ein Betrag, der annähernd einer Jahreseinfuhr des britischen Kolonialreichs entspricht und über dem für Zwecke des normalen Handelsverkehrs erforderlichen Maß liegt. Wie der besonders schnelle Anstieg der kolonialen Sterlingguthaben in den letzten 18 Monaten anzeigt, ist dieser Überschuß zum Teil auf die hohen Weltmarktpreise für koloniale Rohstoffe und Lebensmittel zurückzuführen und insofern wohl vorübergehender Natur. Diese Erklärung reicht aber nicht aus. Der englische Handel mit den Kolonien ist seit Kriegsende unausgeglichen. Die starke Beanspruchung der englischen Investitionsgüterindustrien für den heimischen Markt und für die Vorrang genießenden Exportmärkte hat es ihnen unmöglich gemacht, den Kolonien die zu

ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erforderlichen Anlagen und Maschinen im vollen Umfang der an sich verfügbaren Finanzmittel zu liefern.

DIE KOLONIEN ALS DOLLARVERDIENER

Dieser Umstand ist vom Standpunkt des Sterlingblocks um so bedauerlicher, als die Kolonialgebiete bedeutende Dollarverdiener sind und ihre Dollareinkünfte noch vergrößern könnten, wenn sie ihre Rohstoffindustrien in schnellem Tempo weiterentwickeln könnten. Die jüngsten britischen Zahlungsbilanzberechnungen erhärten diese Tatsache. Im Jahre 1950, einem währungswirtschaftlich günstigen Jahre, hatte Großbritannien auf laufender Rechnung ein Dollardefizit von 107 Mill. £, das durch verschiedene Kapitaltransaktionen in einen Überschuß von 34 Mill. £ verwandelt wurde. Auch die Dominien hatten einen kleinen Dollarüberschuß von 22 Mill. £. Aber die günstige Dollarposition des Sterlingblocks war hauptsächlich auf den Überschuß der Kolonien zurückzuführen, der nicht weniger als 133 Mill. £ betrug. Im vergangenen Jahre, einem ausgesprochen schlechten Jahre, schloß Großbritannien mit einem Dollardefizit von 1 196 Mill. £ ab; die Dominien hatten ein Defizit von 314 Mill. £, aber die Kolonien zeigten trotz Einschränkung der amerikanischen Gummi- und Zinnkäufe noch immer einen Dollarüberschuß von 122 Mill. £. Diese Ziffern zeigen, welche große Bedeutung die Kolonien für die langfristige Lösung des Sterling-Dollar-Problems besitzen. Englische Unterhändler in Washington haben daher mit Recht immer wieder ausgeführt, daß eine Wiederaufnahme und stetige Fortsetzung der amerikanischen Käufe von Sterlingrohstoffen für eine Bereinigung des britischen Dollardefizits notwendig ist.

STERLINGBLOCK UND EZU.

Für den Ausgleich der Sterlingblock-Zahlungsbilanz mit der Europäischen Zahlungs-Union sind die Kolonialexporte weit weniger wichtig. Hier nehmen die Dominien die Stellung ein, die den Kolonien im Handel mit dem Dollarbereich zukommt. Großbritannien hatte mit den andern OEEC-Ländern im zweiten Halbjahr 1951 auf laufender Rechnung ein Defizit von 163 Mill. £, das sich durch Kapitaltransaktionen auf 210 Mill. £ erhöhte. Auch die Dominien und Kolonien schlossen ihren Handel mit Westeuropa in diesem Zeitraum mit einem Defizit von 63 bzw. 30 Mill. £ ab. Normalerweise sind jedoch alle Dominien, mit Ausnahme von Indien und Südrhodesien, in ihren Handelsbeziehungen mit Europa stark aktiv. In den beiden Jahren 1949/50 und 1950/51 erarbeiteten die Dominien einen Überschuß von 79 bzw. 193 Mill. £ im Handel mit den OEEC-Ländern auf dem Kontinent, das ist wesentlich mehr als Mutterland und Kolonien zusammen. Wenn also im Handels- und Zahlungsverkehr mit dem Dollarbereich die Kolonien mit ihrem Exportüberschuß für das Zahlungsdefizit Englands und der Dominien zahlen, so ist es im Handelsverkehr mit Westeuropa umgekehrt so, daß die Dominien mit ihren Ausfuhrspitzen die Einfuhrsalden anderer Sterlingländer decken. Das ist gerade jetzt, da es sich darum handelt, die Einfuhr der Dominien im Interesse der Sterlingblock-Zahlungsbilanz zu drosseln, ein wichtiger Unterschied. Eine Einschränkung der Bezüge

aus Kontinentaleuropa kann, auch wenn sie in prozentual gleichem Maße erfolgt wie die aus Commonwealth-Ländern, nur geringe Importersparnisse ergeben. Zwar bestehen die Lieferungen der Dominien nach Kontinentaleuropa zum großen Teil aus wichtigen Rohstoffen, die in der gegenwärtigen Lage des Welt Handels einen sehr viel größeren Wert besitzen als die den Dominien dafür gelieferten Fertigwaren, aber es ist nicht beabsichtigt, aus diesem Umstand Vorteil zu ziehen. Auch eine scharfe Senkung der Dollareinfuhr, die nur in Südafrika und Indien eine größere Rolle spielt, muß unterbleiben, da es sich meist um lebenswichtige Waren handelt. Die Hauptlast der Einfuhrbeschränkungen fällt daher unvermeidlich auf die britischen Exportindustrien.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Einfuhrbeschränkungen in den Dominien Schwierigkeiten in der Warenversorgung für die einheimische Bevölkerung zur Folge haben werden. Angesichts der überhöhten Käufe des vergangenen Jahres und der daraus resultierenden Überbevorratung war auf alle Fälle eine Einfuhrkorrektur, besonders auf dem Konsumgütermarkt, erforderlich. So war z. B. die australische Einfuhr im Jahre 1950/51 auf 744 Mill. £ gestiegen und hätte in dem Ende Juni abschließenden Jahre 1951/52 möglicherweise 1 100 Mill. £ erreicht, wenn die Importrestriktionen ausgeblieben wären. Wenn die Einfuhr nun auf einen Jahressatz von 500—550 Mill. £ gesenkt wird, so wird die Gesamteinfuhr im Jahre 1951/52 noch immer der des Vorjahrs gleichkommen. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, sind die Verhältnisse in den anderen Dominien. Die Einfuhrabstriche sind am fühlbarsten, wo in den letzten 18 Monaten die größten Zugänge zu verzeichnen waren, und können größtenteils zunächst aus Vorräten ausgeglichen werden. Im übrigen haben die Regierungen der Dominien bereits durch Einschränkung der Investitionstätigkeit, Erhöhung der indirekten Besteuerung, Steigerung der Zinssätze und ähnliche Maßnahmen begonnen, die Einfuhrnachfrage zu entlasten.

DAS KAPITALBILANZPROBLEM

Abgesehen von dem temporären, durch scharfe Einfuhr- und Preisschwankungen verursachten Zahlungsbilanzproblem besteht in den Dominien ebenso wie in den Kolonien ein tieferliegendes Kapitalbilanzproblem, das sich nicht durch Importrestriktionen lösen läßt. Alle diese Länder bedürfen zu ihrer vollen Entwicklung eines ständigen Kapitalzustroms. Sehr große Beträge sind seit Kriegsende von englischen und amerikanischen Industriefirmen in Tochterunternehmen und Fabriken in britischen Überseegebieten investiert worden, aber der Kapitalzustrom für nichtindustrielle und nicht unmittelbar produktive Zwecke war allgemein unzureichend. Das hat sich besonders deutlich in Australien gezeigt, wo die hohen Wollpreise, die Atmosphäre allgemeiner Prosperität und Gerüchte von einer kommenden Valuta-Aufwertung zeitweise bedeutende Kapitalien aus dem Ausland anlockten. Obwohl die australischen Guthaben in London zeitweise mehr als eine Jahreseinfuhr ausmachten, zerrannen sie sehr schnell unter dem Einfluß hoher Importe und der rückläufigen Wollpreise. Die scharfen Schwankungen der Londoner Guthaben der Dominien, die eine Art

Währungsreserve darstellen, haben die Tatsache, daß die Dominien eine strukturell passive Zahlungsbilanz aufweisen und angesichts der geplanten hohen Investitionen auch aufweisen müssen, verschleiert und allzu große Investitionen veranlaßt, keineswegs immer für wichtige oder produktive Zwecke. Kritische Beobachter sind daher der Ansicht, daß die Entwicklungspläne revidiert und auf die wichtigsten Objekte konzentriert werden müssen. Das würde auch der Investitionspolitik der konservativen Regierung in Großbritannien entsprechen, die ebenfalls im Interesse eines Zahlungsbilanzausgleichs gewisse an sich wünschenswerte Produktions- und Investitionsvorhaben zurückgestellt hat. In den Dominien wird in Zukunft bei neuen Investitionen den Exportindustrien die größte Beachtung geschenkt werden, ein Umstand, der anzeigt, daß den Dominien nichts an einer künstlichen Autarkie liegt, sondern daß sie, wie auch in der Einfuhrlizenzierung, im Rahmen der Commonwealth-Wirtschaftspolitik arbeiten wollen, die grundsätzlich auf die Ausdehnung und Liberalisierung des Welthandels abgestellt ist.

Man darf daher annehmen, daß die Dominien die angeordneten Einfuhrkürzungen sobald wie möglich aufheben werden, wobei sie allerdings angesichts der aufgezeigten Probleme vorsichtig verfahren müssen. Eine Erholung der Weltmarktpreise für Rohstoffe würde ihnen kaum mehr als eine kurzfristige Entlastung bringen. Auch wenn die Weltpreise für industrielle Fertigwaren unter dem Druck verschärfter Konkurrenz nachgeben, bleibt das Zahlungsbilanzproblem der Dominien auf lange Sicht unlösbar mit dem der Kapitalbeschaffung verbunden. Die englische Regierung und führende britische Industriefirmen haben für diese Tatsache volles Verständnis. Aber unter den obwaltenden Umständen können die erforderlichen großen Kapitalien nicht ausschließlich im Sterlingblock beschafft werden. Auf alle Fälle bedingt die Kapitalbeschaffung eine vorhergehende Bereinigung der Sterlingblock-Zahlungsbilanz mit den USA., Kanada und Westeuropa. Nur diese kann die für große private Investitionen erforderliche Vertrauensatmosphäre schaffen, und auf sie werden daher jetzt alle Kräfte konzentriert.

Lage und Entwicklung des indonesischen Plantagenbaus

W. Romijn, Utrecht

Die großen europäischen Unternehmungen in der indonesischen Landwirtschaft danken ihre Entstehung der holländischen Kolonialherrschaft in diesem Gebiet. Ohne die niederländische Kolonisation wäre es nie möglich gewesen, so große Bodenflächen für eine Anbaumethode zu reservieren, die in ihrer Technik und Ausdehnung so grundverschieden ist von der der Eingeborenen. Zwar hat die Agrargesetzgebung seit Mitte des vorigen Jahrhunderts verhindert, daß der Boden der eingeborenen Bevölkerung an ausländische Unternehmer veräußert wurde — eine Anerkennung der Gültigkeit des einheimischen agrarischen Gewohnheitsrechtes —, aber verschiedene Maßnahmen wurden getroffen, wodurch die fremden Anbauer eine zeitlich begrenzte, aber für die Wirtschaftsführung ausreichende Verfügung über den Boden erhielten.

AUSWIRKUNGEN DER KOLONIALHERRSCHAFT

Es ist bis zum heutigen Tage eine umstrittene Frage geblieben, in welchem Maße die Errichtung der europäischen Plantagen die einheimische Wirtschaft und die Wohlfahrtsgestaltung der indonesischen Völker gefördert oder gehemmt hat. Einerseits wird behauptet, daß die großen Profite, die jährlich in das Mutterland transferiert wurden, einen nicht wieder gutzumachenden Verlust für die nationale Wirtschaft des indonesischen Inselreiches darstellten. Die kapitalistische Ausbeutung der Kolonie, so sagen die Befürworter der „Drainage“-Theorie, beraubt das Land seiner Bodenschätze, und die ins Ausland abfließenden Gewinne des Unternehmungslandbaus stellen eine Verringerung des indonesischen Volkseinkommens dar. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1938 der unmittelbare Beitrag Indonesiens zum holländischen Volksein-

kommen mehr als 380 Mill. Gulden betrug (in den Jahren 1926 bis 1929 waren es nicht weniger als 600 Mill. Gulden jährlich), dann versteht man, daß die Gegner des kolonialen Systems sich nicht ohne weiteres davon überzeugen lassen, daß die koloniale Wirtschaftsform auch für die Kolonie selbst positive Resultate gezeitigt hat.

Andererseits erreichte der Betrag, der allein von der Zuckerindustrie vor dem Jahre 1929 — also in der Hochkonjunkturperiode — an Löhnen, Gehältern, Pachtzinsen, Steuern und Eisenbahnfrachten ausgezahlt wurde, eine Höhe von über 150 Mill. Gulden jährlich. Darüber hinaus erhielten die Einheimischen kostenlos Wasser für die Bewässerung ihrer Sawahs, und gerade die Zuckerindustrie war in späteren Jahren weitgehend an den Investitionen für neue Bewässerungswerke beteiligt. Die Bedeutung der Zuckerfabriken für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die schnell wachsende Bevölkerung Javas geht daraus hervor, daß ebenfalls vor dem Krisenjahre 1939 dieser Betriebszweig 60 000 dauernd beschäftigte und mehr als 700 000 unständig beschäftigte Arbeitskräfte in seinem Dienst hatte. An diesen Ziffern läßt sich abschätzen, welche Rolle die gesamte europäische Plantagenwirtschaft und ihre Verarbeitungsindustrien für die Entwicklung des indonesischen Volkseinkommens spielten.

Allerdings hatte das Kolonialsystem auch seine Nachteile. Diese wurden von der Bevölkerung um so tiefer empfunden, je stärker das nationale Selbstbewußtsein in ihr erwachte. Und als die politische Entwicklung dazu führte, daß Indonesien ein unabhängiger Staat wurde, blieben die großen Landbauunternehmungen Symbole dafür, daß die Fremdherrschaft noch nicht ganz verschwunden war. Es ist wahrschein-